



AARGAUER ZEITUNG

www.aargauerzeitung.ch



Ausland Sarkozy lässt Fessenheim am Netz
Frankreichs Präsident hält das umstrittene Atomkraftwerk für sicher. **Seite 7**



Wirtschaft Kein Applaus für Brady Dougan
Der CS-Banker hat seine Anleger mit einem Quartalsverlust enttäuscht. **Seite 10**

A bis Z Catherine feierte Premiere
Erster Soloauftritt für die Frau von Prinz William. **Seite 22**



KEYSTONE

Faszination Davis-Cup: Schweiz gegen USA

20 Jahre nach der Finalniederlage gegen die damals übermächtigen US-Amerikaner bietet sich der Schweiz die Chance zur Revanche. In Fribourg fordern die Einheimischen in der ersten Runde des diesjährigen Davis-Cup die US-Boys. 1992 gingen die USA mit den Topspielern McEnroe (Bild), Courier, Sampras und Agassi als

klarer Favorit ins Spiel. Nach einem hart umkämpften Sieg konnten sie die als Salatschüssel verspottete Trophäe in die Höhe stemmen. Gegenwärtig liegt die Favoritenrolle bei den Schweizern um Teamleader Federer. Ein Sieg gegen die USA und es erwartet uns vielleicht ein neues Davis-Cup-Märchen. **Seiten 3, 16**

«Weissgeldstrategie ist inkonsequent»

Ulrich Thielemann Der Wirtschaftsethiker kritisiert das Vorgehen der Schweiz

VON BENNO TUCHSCHMID UND STEFAN SCHMID

Ulrich Thielemann war nie ein Mann der sanften Worte. 2009 hatte der damalige Lehrbeauftragte für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen für einen Skandal gesorgt, weil er der Schweiz bei unversteuerten Vermögen mangelndes Unrechtsbewusstsein vorwarf. Jetzt äussert sich Thielemann im Interview mit der az zum ersten Mal zu einer möglichen Weissgeldstrategie. Diese soll ausländische Bankkunden künftig zur Selbstdeklaration verpflichten. Das gehe in die richtige Richtung, sei aber «nicht konsequent», sagt der deutsche Wirtschaftsethiker mit Schweizer Vergangenheit. Thielemann, im heute Direktor einer Denkfabrik in Berlin ist, sagt weiter: «Es gibt keine Alternative zum Informationsaustausch. Alles andere ist, pardon,

Diebstahl an fremdem Substrat.» Ganz anderer Meinung ist SVP-Politiker und Unternehmer Thomas Matter. Er fordert einen nationalen Schulterchluss zur Verteidigung des Bankgeheimnisses: «Jetzt müssen wir zusammenstehen», sagt er gegenüber der az.

Aufs Zusammenstehen hofft auch Ulrich Thielemann – allerdings bei der SPD. Voraussichtlich im Mai wird der deutschen Bundesrat über das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz abstimmen. Thielemann sagt, mit dem Abkommen werde Schwarzgeld «billig weissgewaschen». Er sagt deutlich: «Es ist wichtig, dass das Abkommen scheitert.» Die Chancen dazu stehen gut. Im deutschen Bundesrat haben Rot-Grün eine Mehrheit – und tendieren dazu, das Abkommen zu beerdigen. **Seiten 10, 11**

Euro-Gruppe hält Griechenland hin

In Brüssel haben die Finanzminister der Eurogruppe mit den Beratungen über ein weiteres Hilfspaket für Griechenland begonnen. Erst kurz zuvor hatten sich die Regierungsparteien in Athen nach zähen Verhandlungen auf ein weiteres Sparpaket geeinigt. Doch die Euro-Finanzminister sind davon nicht überzeugt. Sie zögern die Entscheidung hinaus. IWF-Chefin Christine Lagarde bezeichnete die Einigung von Athen zwar als «sehr ermutigend». Der Vorsitzende der Eurogruppe, der

luxemburgische Regierungschef Jean-Claude Juncker, gab sich aber zurückhaltend: «Es gibt viele Unklarheiten», sagte er. «Ich denke nicht, dass wir zu definitiven Beschlüssen kommen.» Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos forderte seine Kollegen hingegen auf, das Sparpaket abzusegnen. Zugleich gab er bekannt, dass man sich auch mit den privaten Gläubigern «über die Grundzüge des Schuldenschnitts» geeinigt habe. (HE.) **Kommentar rechts, Seite 9**

26 Gemeinden diskutieren Fusion

In der aargauischen Gemeindegemeinschaft ist vieles in Bewegung geraten. Allein in den vergangenen zehn Jahren fusionierten 23 Gemeinden. Daraus wurden 11 neue Kommunen. Die Zahl der Gemeinden im Kanton sank auf 219. Aktuell sind elf Zusammenschlussprojekte am Laufen beziehungsweise in Prüfung. Involviert sind 26 Gemeinden in sieben Bezirken. Dies zeigt eine aktuelle Übersicht.

Die neue Leiterin der Gemeindeabteilung des Kantons, Yvonne Reichlin,

macht im Gespräch mit der az deutlich, dass die Initiative für Fusionen immer von den Gemeinden selbst ausgehen muss. Der Kanton verfolge nicht das Ziel, deren Zahl möglichst stark zu reduzieren.

Derweil erwartet der Badener Kommunikationsprofi Ruedi Leder, Mitverfasser eines neuen Leitfadens zu Gemeindezusammenschlüssen, dass es im Aargau in 20 Jahren nur noch 100 Gemeinden geben wird. (MKU) **Seiten 24, 25**

Kommentar
von Christoph Bopp



Der Murks ist Teil des Spiels

■ Griechenland hat endlich eingewilligt und will sich noch einmal helfen lassen. Aber wir wissen: Kein Grund zum Aufatmen. Klar denkende Menschen sagen: Nichts als Zeit gewonnen. Eine Lösung ist das nicht. Das elende Geruckel von Gipfel zu Gipfel, das uns so nervt, wird weitergehen.

Nur: Was wäre denn wirklich eine Lösung des Problems? Griechenland soll endlich zugeben, dass es bankrott ist. Kein Geld mehr. Einverstanden, alle wissen, dass Griechenland nicht zahlen kann. Allerdings auch, dass mit der befohlenen Sparpolitik die Rückzahlung in noch weitere Ferne rückt.

Ein furchtbarer Verdacht meldet sich. Historiker einer fernen Zukunft – sofern es noch eine gibt – könnten feststellen: Es war richtig. Die «Methode Merkozy» war die einzig mögliche Art und Weise, das Problem ohne Totalschaden zu regulieren. Der Murks gehörte zum Spiel. Es brauchte die Zeit, um den Staatsbankrott Griechenlands abzuwickeln. Die Märkte brauchten sie, um die Risiken einzupreisen; die Banken, um ihre Schäfchen einigermassen ins Trockene zu bringen. Nur so funktioniert der «kontrollierte Bankrott» – doch aussprechen darf mans nicht, sonst hat man schon verloren.

Klar ist: Griechenland und andere Staaten müssen Reformen durchführen. Das tun sie ohne Zwang nicht. Damit reparieren wir Schäden der Vergangenheit. Um aus der Krise effektiv herauszufinden, braucht es eine andere harte Einsicht: Das Nullzins-Zentralbankengeld ist Gift. Es kommt nicht an. Aufschwung heisst Investitionen. Und zwar in der Realwirtschaft, nicht im Casino. Investiert wird aber – und zwar nur dann – bei guten Nachfrageaussichten.

christoph.bopp@azmedien.ch



Gesagt

«Wenn du mit Bayern verhandelst, dann stimmt das Geld immer.»

ERDIN SHAQIRI, Bruder und Berater von Fussballer Xherdan Shaqiri **Seite 17**

AARGAU

Vierter Brand in Wohlen hat allenfalls technische Ursache

In Wohlen hat es am Donnerstagmorgen zum vierten Mal in Serie an der Friedhofstrasse gebrannt, diesmal in einem Anbau der Gärtnerei Donat. Die Polizei geht jetzt aber nicht von Brandstiftung aus. Im Vordergrund der Ermittlungen steht ein technischer Defekt an einem Heizlüfter. (TO) **Seite 26**

Sylvia Flückiger ist an Sitz im Regierungsrat interessiert

Die SVP liebäugelt für die Wahlen vom Herbst mit einem Angriff auf den Sitz von Susanne Hochuli (Grüne). Nun interessiert sich SVP-Nationalrätin Sylvia Flückiger für eine Kandidatur: «Ein Sitz in der Aargauer Regierung wäre eine grosse, reizvolle und wirklich interessante Aufgabe», sagt sie der AZ. (AZ) **Seite 26**

HEUTE IN DER ZEITUNG

Börse	Seite 12
Zürich	Seite 14
Regionalsport	Seite 18
Todesanzeigen	Seiten 33/34
Kino	Seite 39
TV/Radio	Seite 40
Agenda	Seite 41
Pajazzo	Seite 42
Kreuzworträtsel	Seite 42
Wetter	Seite 43
Leserbriefe	Seite 44
Sudoku	Seite 44

GEBEN SIE IHREM UNTERNEHMEN EIN GESICHT.

www.a-z.ch/marktplatz



«Ziel: stark genug sein für Herausforderungen der Zukunft»

Interview Die neue Leiterin der Gemeindeabteilung, Yvonne Reichlin macht deutlich, dass der Kanton Fusionen weder anordnen kann noch will.

VON MATHIAS KÜNG

Frau Reichlin, wie ist das Feedback aus den Gemeinden auf das neue Gesetz? Ist die Rechtsunsicherheit aus der Zeit nach der Ablehnung von Gerag I verschwunden?

Yvonne Reichlin: Die Referendumsfrist wird Mitte Mai 2012 ablaufen. Es ist vorgesehen, die Gesetzesänderungen rückwirkend auf den 1. Januar 2012 in Kraft zu setzen. Mit den neuen Gesetzesbestimmungen wird die Rechtsunsicherheit aus dem Weg geräumt. Wenn sich Gemeinden für einen Zusammenschluss interessieren, können sie die zu erwartenden Kantonsbeiträge in die Zusammenschluss-Finanzplanung integrieren. Die zu erwartenden Kantonsbeiträge können auf der jeweils aktuellsten

Zahlenbasis genau quantifiziert werden.

Spüren Sie jetzt ein stärkeres Interesse von Gemeinden, über eine Fusion nachzudenken oder gar konkret anzupacken?

Es ist noch zu früh, die Auswirkungen der neuen Gesetzgebung beurteilen zu können. Ein Blick auf die Gemeindekarte zeigt, dass aktuell 11 Zusammenschlussprojekte am Laufen bzw. in Prüfung sind. Es ist denkbar, dass diejenigen Projekte, welche noch nicht beschlussreif sind, durch die neue Gesetzgebung einen gewissen Schub erfahren.

Ruedi Leder, ein Spezialist in der Fusionsdebatte, erwartet, dass es im Aargau in 20 Jahren noch etwa 100 Gemeinden gibt. Ist das auch Ihre Einschätzung?

Der Kanton will und kann keine Zusammenschlüsse «anordnen», denn die Gemeindeautonomie soll nicht angetastet werden. Die Initiative für Gemeindezusammenschlüsse muss

immer von den Gemeinden selber ausgehen. Die Anzahl der Gemeinden ist denn auch nicht planbar. Der Kanton verfolgt nicht das Ziel, die Zahl der Gemeinden möglichst stark zu reduzieren. Ziel ist, dass die Aargauer Gemeinden stark genug sind, die Herausforderungen der Zeit aktiv anzugehen.

In den letzten Jahren ist aber diesbezüglich einiges gegangen?

In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Anzahl der Gemeinden um 13 reduziert, und es ist denkbar, dass sich die Anzahl der Gemeinden (ausgehend von den bereits laufenden bzw. in Prüfung stehenden Projekten) in den kommenden 10 Jahren um weitere 16 Gemeinden reduziert. Auch wenn die neue Gesetzgebung Hindernisse, welche Zusammenschlüssen im Wege stehen, ausräumt, brauchen Zusammenschlüsse Zeit. Aufgrund dieser Ausgangslage erscheint uns die Reduktion der Anzahl Gemeinden um 100 in den kommenden 20 Jahren als hoch.

Was ist aus Ihrer Sicht der Haupttreiber für Zusammenschlüsse von Gemeinden?

Es gibt verschiedene Faktoren, welche dazu führen können, dass sich Nachbargemeinden aktiv mit der Zukunftsentwicklung auseinandersetzen wollen. Grundsätzlich befinden sich gegenwärtig alle öffentlichen Gemeinwesen in einem stark wandelnden Umfeld. Zu erwähnen sind beispielsweise der Rückgang der Schülerzahlen, die zunehmende Alterung der Bevölkerung, höhere Belastungen im Sozialbereich, unsichere konjunkturelle Entwicklungen, eine abnehmende Identifikation mit den politischen Strukturen und damit die abnehmende Bereitschaft für ein Engagement zugunsten der Gemeinde, Verknappung von Bauland. Je nach Struktur der Gemeinde können diese Faktoren dazu führen, dass die Gemeinden an die Grenzen ihrer finanziellen und personellen Möglichkeiten kommen und dadurch ihre Gestaltungsmöglichkeiten stark eingegrenzt werden.

«Die Initiative für Gemeindezusammenschlüsse muss immer von den Gemeinden selber ausgehen.»

Neues Gesetz schafft Klarheit

Der Grosse Rat hat im November 2011 die neue Gemeindereform beschlossen, die rückwirkend per 1. Januar 2012 in Kraft treten soll, wenn kein Referendum ergriffen bzw. ein solches abgelehnt wird. Die Frist läuft bis Mai 2012. Ein Referendum zeichnet sich nicht ab. Mit dem neuen Gesetz erhalten fusionierende Gemeinden finanzielle Unterstützung:

1. Zusammenschlusspauschale: Jede beteiligte Gemeinde erhält fix 400 000 Franken, unabhängig von ihrer Grösse oder Finanzkraft, für den Organisationsaufwand.

2. Zusammenschlussbeitrag: Jede an einer Fusion beteiligte Gemeinde, deren Steuerkraft je Einwohner/in unter dem Kantonsschnitt liegt, erhält einen nach Bevölkerungszahl gewichteten, steuerkraftabhängigen Zusammenschlussbeitrag. Je tiefer die Steuerkraft, desto mehr gibts. Für reiche Gemeinden gibts hier nichts.

3. Finanzausgleichsgarantie: Zur Verringerung der «Heiratsstrafe» ist der Ausgleichsbeitrag im Rahmen des Finanz- und Lastenausgleichs während acht Jahren garantiert gleich hoch wie im Schnitt der drei Jahre zuvor.

Der Kanton hat Modellrechnungen für Fusionsbeiträge erstellt. Nachfolgend einige Beispiele. (MKU)

Fusion So viel Geld gäbe es*		
Gemeinde	Einwohner	Beitrag in Mio. Fr.
Bözberg (4 Gemeinden)	1501	2,4
Oberbözberg	494	0,5
Unterbözberg	734	0,7
Gallenkirch	137	0,6
Linn	136	0,5
Bremgarten-Hermetschwil	7399	2,8
Bremgarten	6298	0,9
Hermetschwil	1101	1,9
Birr-Birrhald	4762	2,7
Birr	4118	2,0
Birrhald	644	0,7
Döttingen-Klingnau	6793	1,7
Döttingen	3698	0,4
Klingnau	3095	1,3
Endingen-Unteringingen	2349	3,6
Endingen	1982	2,8
Unteringingen	367	0,7
Mittleres Wynental	6912	15,8
Oberkulm	2400	5,3
Teufenthal	1610	4,6
Unterkulm	2902	5,8

* Modellrechnungen für Unterstützungsinstrumente auf Basis Einwohnerzahlen und Steuerkraft 2008–2010

Von links nach rechts: Markus Leimbacher, Ruedi Leder und Peter Züllig mit ihrem Leitfaden.

CHRIS ISELI

Gibt es 2030 nur noch 100 Aargauer Gemeinden?

Leitfaden Woran muss man denken, wenn man über eine Fusion nachdenkt? Ein ganz neuer Leitfaden gibt Tipps.

VON MATHIAS KÜNG

Es hätte ursprünglich eine Auswertung der gescheiterten Fusion von Baden und Neuenhof werden sollen. Es wurde schliesslich viel mehr daraus: ein eigentlicher «Leitfaden Gemeindezusammenschlüsse». Erarbeitet worden ist er von Ruedi Leder, Markus Leimbacher und Peter Züllig. Die drei haben darin ihre Erfahrungen aus zahlreichen erfolgreichen, aber auch gescheiterten Gemeindefusionsprojekten analysiert, mit den Erkenntnissen aus Gesprächen mit Vertretern des Kantons und von Gemeinden angereichert und niedergeschrieben. Züllig: «Er enthält das gesammelte Wissen aus 10 Jahren Erfahrung.» Daraus wurde eine spannende Anleitung in hohem Detaillierungsgrad für Vertreter von Gemeinden und Privatpersonen.

Alle drei kennen das «Geschäft»

Ruedi Leder hat vor Jahren das seit längerer Zeit erste und per 2002 umgesetzte Fusionsprojekt von Zofingen und Mühlethal beratend begleitet. Markus Leimbacher war schon mehrfach externer Projektleiter. Seine Wege kreuzten sich mit denjenigen von

Leder, als Leimbacher als Gemeindeammann von Villigen Projektleiter des 2006 erfolgreich umgesetzten Fusionsprozesses mit Stilli war. Das war der Anfang einer offenkundig fruchtbaren Zusammenarbeit. Später begleiteten sie die werdende Gemeinde Mettauertal. Lehren konnten aber auch aus dem gescheiterten Projekt im Schenkenbergertal gezogen werden. Züllig schliesslich war in der Fusionsdebatte Baden/Neuenhof der interne, Leimbacher der externe Projektleiter von Baden, Leder betreute die Kommunikation.

Was sind die Erfolgsfaktoren?

Rund ein Jahr arbeiteten die drei am Leitfaden, der laut Züllig im weitesten Sinn eine eigentliche Checkliste für fusionsinteressierte Gemeinden ist. Was sind denn die wichtigsten Erfolgsfaktoren? Leimbacher: «Die Gemeindebehörden müssen zu 150 Prozent dahinterstehen.» Leder: «Es sollen sehr früh möglichst viele Leute in der Gemeinde in die Diskussion einbezogen und Fachgruppen gebildet werden, die je verschiedene Sachverhalte abklären.» Es sei wichtig, Menschen aus der Gemeinde, und gerade auch Gegner, in die Debatte einzubinden. Nochmals Leimbacher: «Wer mitwirkt und es spannend findet, erzählt es weiter. Das hat einen Multiplikatoreffekt.» Ganz wichtig ist aus der Erfahrung der drei, dass die Gremien unabhängig

von der Grösse der Gemeinden paritätisch zusammengesetzt sind. Leder: «So wird sichergestellt, dass sich niemand überfahren fühlt.» Zudem müssen sich für die Gemeinden Gewinn-Situationen ergeben. Leder: «Es gibt keine partnerschaftliche Zusammenarbeit, wenn eine Seite gewinnt und die andere verliert.» Schliesslich kann man nicht mit der Tür ins Haus fallen, und alles dem Ziel einer Fusion unterordnen. Eine Abklärung soll erst mal zeigen, ob ein Projekt Sinn macht. Leimbacher: «Wenn eine Gemeinde dabei Angst hat, an die Wand gedrückt zu werden, kann keine Seite gewinnen.» Und schliesslich müssen erfolgreiche Projekte «behutsam von unten wachsen» und die Voraussetzungen für die Förderung gemeinsamer Stärken und Potenziale schaffen, wie Landammann Urs Hofmann im Vorwort treffend schreibt.

Höherer Steuerfuss ist gefährlich

Wenn bei einer Fusion eine der bisherigen Gemeinden künftig einen erheblich höheren Steuerfuss gewärtigen muss, dann ist dies ein Killerkriterium. Wichtig ist den dreien auch, aufzuzeigen, dass eine Gemeinde mit einer Fusion ihre Traditionen keinesfalls aufgeben muss. Leimbacher: «Das Scheibensprengen in Stilli gibt es immer noch.»

Es gibt viele weitere, bedenkenswerte Argumente und -ngste. Dies zeigt: Eine Fusionsabklärung oder

-diskussion bedingt sehr sorgfältige Arbeit. Und man muss sich Zeit nehmen. Wer eine Abkürzung sucht, hat schlechte Erfolgschancen. Das gilt übrigens auch für Gemeinden, die ihre Nachbarn via Medien über ihre Heiratsabsichten in Kenntnis setzen.

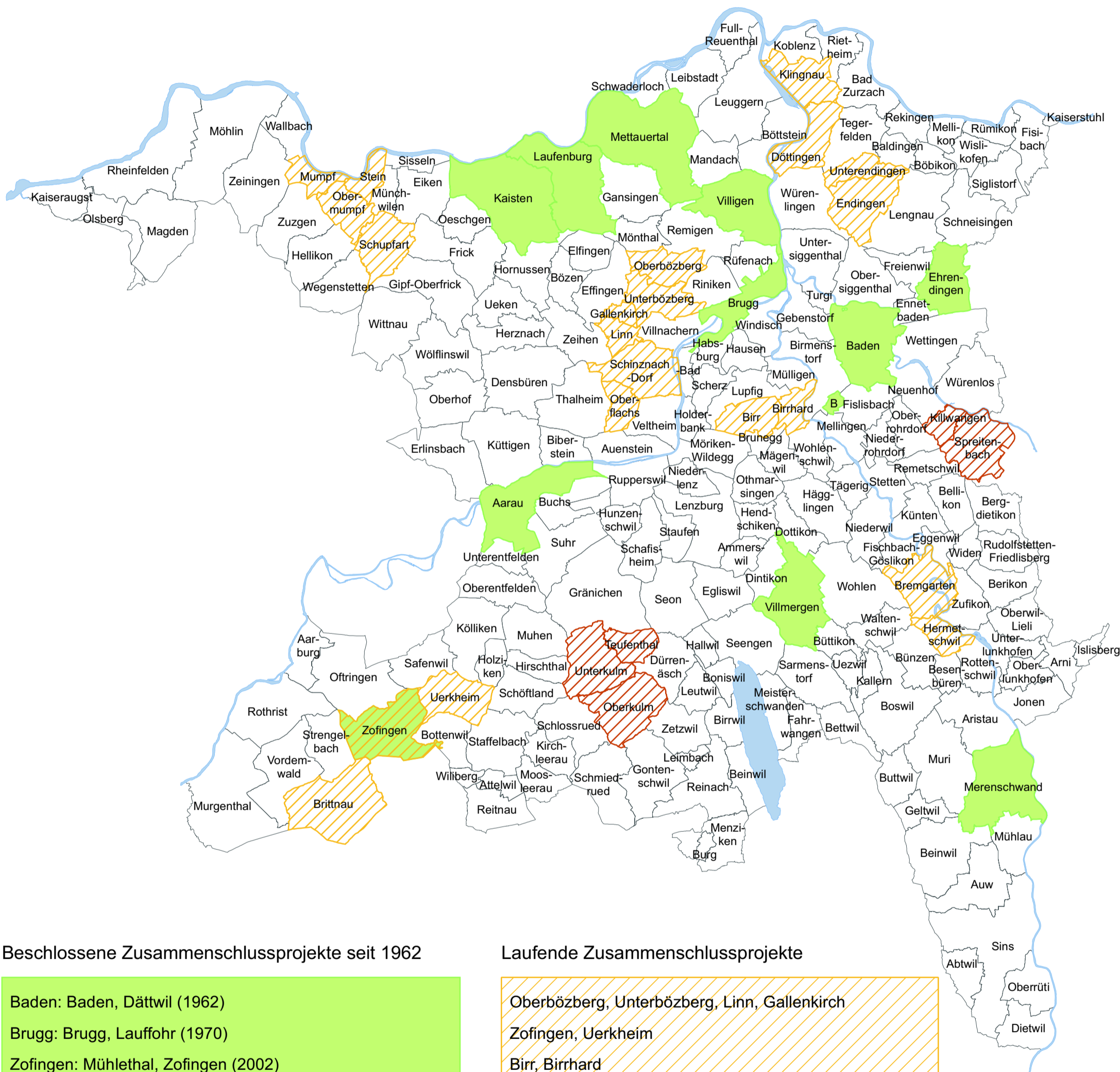
«In 20 Jahren noch 100 Gemeinden»

Weil der Bund immer mehr Aufgaben an die Kantone und diese sie an die Gemeinden weitergeben, diese immer komplexer werden, die freien Mittel knapper werden, die Erwartungen der Menschen an die Dienstleistungen ihrer Gemeinde steigen, es immer schwieriger wird, genug geeignete Leute für Gemeindebehörden zu finden, aber auch informatikbedingt, glauben die drei, dass in vielen Gemeinden Fusionsabklärungen und -debatten folgen. Sie hoffen, dass jeweils auch externe Berater beigezogen werden. Nicht einfach, weil sie dies anbieten, sondern weil nebst der Innen- auch die Aussensicht hohe Bedeutung hat. Wie sieht die Gemeindefusion im Aargau in 20 Jahren aus?, fragen wir. Leder: «Es wird noch 100 Gemeinden geben.» Ob es so kommt, wird die Zukunft weisen.

Ruedi Leder, Markus Leimbacher und Peter Züllig Leitfaden Gemeindezusammenschlüsse. Broschüre, 26 Seiten, Schutzgebühr 50 Franken. Zu beziehen über: www.gemeindezusammenschlüsse.ch

Die aargauische Gemeindef Landschaft ist in Bewegung geraten

Gemeindereform Wie in anderen Kantonen auch ist die Aargauer Gemeindef Landschaft Anfang des neuen Jahrtausends aus verschiedenen Gründen in Bewegung geraten. Nach der Ablehnung der Gemeindereform Aargau I (Gerag I) 2009 kam der Prozess kurz ins Stocken. Aufgrund der im vergangenen November vom Grossen Rat verabschiedeten neuen Gesetzesgrundlage sind mehrere Projekte reaktiviert worden oder neu dazugekommen.



Beschlossene Zusammenschlussprojekte seit 1962

- Baden: Baden, Dättwil (1962)
- Brugg: Brugg, Lauffohr (1970)
- Zofingen: Mühlethal, Zofingen (2002)
- Ehrendingen: Oberehrendingen, Unterehrendingen (2006)
- Villigen: Stilli, Villigen (2006)
- Mettauertal: Etzgen, Hottwil, Mettau, Oberhofen, Wil (2010)
- Villmergen: Hilfikon, Villmergen (2010)
- Aarau: Aarau, Rohr (2010)
- Laufenburg: Laufenburg, Sulz (2010)
- Brugg: Brugg, Umiken (2010)
- Kaisten: Ittenthal, Kaisten (2010)
- Merenschwand: Benzenschwil, Merenschwand (2012)

Laufende Zusammenschlussprojekte

- Oberbözberg, Unterbözberg, Linn, Gallenkirch
- Zofingen, Uerkheim
- Birr, Birrhard
- Zofingen, Brittnau
- Döttingen, Klingnau
- Endingen, Unterendingen
- Bremgarten, Hermetschwil-Staffeln
- Oberflachs, Schinznach-Dorf
- Mumpf, Obermumpf, Schupfart, Stein

Zusammenschlussprojekte in Prüfung

- Oberkulm, Unterkulm, Teufenthal
- Killwangen, Spreitenbach